



SPD-Ortsverein München-Pasing

Alte Allee 2
81245 München
www.spd-pasing.de



Informationen für die Mitglieder zum Mai 2013

Liebe Genossinnen und Genossen,
zunächst möchte ich euch die Ergebnisse der Wahl unserer Delegierten für die Aufstellung zum Stadtrat und der Wahl unserer Delegierten für den Europa-Unterbezirks-Parteitag aus der Ortsvereinsversammlung vom 23.04.2013 mitteilen.

Gewählt wurden: Evelyn Lang, Christian Müller, Richard Roth und Constanze Söllner-Schaar als Delegierte für die Aufstellungskonferenz Kommunalwahl 2014 und als Ersatzdelegierte Angelica Hagenstein, Maximilian Heilmeier und Rüdiger Schaar. Kpaou Kondodji, Evelyn Lang, Richard Roth und Ulrike Turner sind die Delegierten für die Aufstellungskonferenz zur Europawahl mit den Ersatzdelegierten Paul-Jonathan Berger, Angelika Hagenstein Christian Müller und Constanze Söllner-Schaar.
Ich wünsche allen Delegierten ein glückliches Händchen bei den Aufstellungskonferenzen.

In der letzten Vorstandssitzung haben wir die Termine für die Infostände des Wahljahres 2013 beschlossen. Constanze hatte dafür schon die entsprechenden Formalitäten erledigt. **Aber wir brauchen dabei dringend eure Hilfe:** Es genügt nicht, wenn die Kandidatinnen und Kandidaten für zu wählenden Mandate und einige Vorstandsmitglieder mitmachen. **Damit die SPD vor Ort wirklich auffällt, bitten wir um freiwillige Helfer aus unserem Ortsverein!** Gebt euch einen Ruck und meldet euch, damit wir durch unsere Aktionen vor Ort von möglichst vielen Wählern sehr positiv wahrgenommen werden.

Datum	Uhrzeit	Infostände 2013 (SPD-Pasing)	Verantwortliche/r
22.06.13	10.00 bis 13.00 Uhr	Hypovereinsbank, Landsbergerstraße, Ecke Gleichmannstraße	Richard Roth
06.07.13	10.00 bis 13.00 Uhr	Kaflerstraße vor dem Cafe Wimmer	Richard Roth
27.07.13	10.00 bis 13.00 Uhr	Kaflerstraße vor dem Cafe Wimmer	Richard Roth
03.08.13	10.00 bis 13.00 Uhr	Spiegelstraße, Ecke Gleichmannstraße	Richard Roth
10.08.13	10.00 bis 13.00 Uhr	Viktualienmarkt, Bäckerstraße	Richard Roth
17.08.13	10.00 bis 13.00 Uhr	Hypovereinsbank, Landsbergerstraße, Ecke Gleichmannstraße	Richard Roth
24.08.13	10.00 bis 13.00 Uhr	Kaflerstraße vor dem Cafe Wimmer	Richard Roth
31.08.13	10.00 bis 13.00 Uhr	Kaflerstraße vor dem Cafe Wimmer	Richard Roth
07.09.13	10.00 bis 13.00 Uhr	Kaflerstraße vor dem Cafe Wimmer	Richard Roth
14.09.13	10.00 bis 13.00 Uhr	Viktualienmarkt, Bäckerstraße	Richard Roth
21.09.13	10.00 bis 13.00 Uhr	Kaflerstraße vor dem Cafe Wimmer	Richard Roth
26.10.13	10.00 bis 13.00 Uhr	Kaflerstraße vor dem Cafe Wimmer	Richard Roth
09.11.13	10.00 bis 13.00 Uhr	Kaflerstraße vor dem Cafe Wimmer	Richard Roth
07.12.13	10.00 bis 13.00 Uhr	Kaflerstraße vor dem Cafe Wimmer	Richard Roth

Am **31.01.2014** feiert der Ortsverein SPD-Pasing sein 120-jähriges Bestehen im Prinzregenten Garten mit unserem OB-Kandidaten Dieter Reiter. Hierfür soll im Monat Juli 2013 ein Festkomitee gegründet werden. **Wer hat Lust mitzumachen?**

Freundschaft!

Richard (Roth), Vorsitzender des Ortsvereins der SPD-Pasing

Die nächsten Termine im Ortsverein:

- | | |
|---|--|
| • Vorstand und Mitgliederversammlung am 16.05.2013 | Bürgerbüro Alte Allee, 19:30 Uhr |
| • Rundgang Pasinger Zentrum am 08.06.2013 (mit R. Roth) | Treffpunkt vor dem Alex, 11:00 Uhr |
| • Führung durch das Klinikum Dritter Orden und Museum, Menzinger Str. 44, am 15.06.2013 (mit Dr. R. Schaar) | Treffpunkt vor dem Haupteingang Klinikum Dritter Orden 11.00 Uhr |
| • Vorstand und Mitgliederversammlung am 20.06.2013 | Bürgerbüro Alte Allee, 19:30 Uhr |



Multiplexkino

In der letzten Ortsvereinsversammlung diskutierten wir auch über das in Pasing eventuell geplante Multiplexkino an der Offenbachstraße. Viele halten das geplante Multiplexkino für zu groß, aber es gab auch genauso viele Befürworter. Zu einer endgültigen Meinungsbildung konnte es nicht kommen, da noch Untersuchungsergebnisse fehlen, deren Kenntnisse aber wichtig sind. Zu diesem Thema wurde im letzten Unterausschuss Planung (2.5.2013) Folgendes diskutiert:

TOP 39: Multiplex-Kino Offenbach-/Landsberger Straße: Wegen des geplanten Multiplexkinos kam ohne vorherige Ankündigung Herr Rehn (Planungsreferat) in die Sitzung des Unterausschusses (UA). Die Mitglieder des UA diskutierten mit Herrn Rehn unter anderem die nachfolgenden Fragen:

- Ist ein Multiplex-Kino dieser Größenordnung in dem vorgesehenen Mischgebiet prinzipiell möglich?
- Passt dieses Multiplexkino gemäß ISEK in das städtebauliche Konzept des Zentrums von Pasing?
- Können beim Bau der Multiplexanlage weiterhin mit Hilfe von ISEK „Spielhöllen“ und ähnlich unerwünschte Einrichtungen im Sanierungsgebiet verhindert werden?
- Mit welchen baulichen Maßnahmen beim Multiplexgebäude könnte die fußläufige Anbindung an die Landsberger Straße (Pasinger Rundweg) noch mehr betont werden?
- Stimmt die angegebene Menge der Pkw-Stellplätze und können dazu die Stellplätze der Arcaden herangezogen werden? Hierbei wird seitens des BAs angemerkt, dass schon jetzt die Stellplätze der Arcaden - insbesondere in den Abendstunden - kaum ausreichen.
- Der BA 21 fordert auch, dass er in alle Untersuchungen der städtischen Referate, die für die Entscheidung zum beantragten Vorbescheid erstellt werden, rechtzeitig vor dem Erlass des Vorbescheides Einsicht erhält. Außerdem möchte der BA 21 wissen, wann frühestens über den Vorbescheid entschieden wird. Hierzu ist ihm eine Art Zeitschiene zum Entscheidungsvorgang vorzulegen.
- Weiterhin möchte der BA 21 vor dem Erlass des Vorbescheides wissen, ob aufgrund der Ausschreibung zum Magneten am Marienplatz auch dort ein Multiplex-Kino gebaut werden könnte.
- Für den BA 21 ist auch in Betracht zu ziehen, ob eventuell das Gebiet nördlich des jetzt geplanten Standortes (Josef-Felder-Straße / Offenbachstraße) besser geeignet wäre und ob ein Geländetausch möglich wäre?

Herr Rehn erläuterte, dass von der Stadt im Wesentlichen vier Fragen geklärt werden:

- Verträgt die Stadt München ein drittes Multiplex-Kino? Dies wird vom Referat für Arbeit und Wirtschaft geklärt. Von einer positiven Beantwortung ist aber auszugehen.
- Reicht eine Befreiung vom Bebauungsplan 1922a für die Einrichtung einer Vergnügungsstätte - hier Kino – aus oder muss der Bebauungsplan entsprechend geändert werden?
- Reicht die vorgeschlagene Stellplatzregelung mit den Arcaden als Nachweis der Stellplätze aus?
- Wie sieht es mit der verkehrlichen Erschließung aus? Hierzu wird ein Verkehrsgutachten angefertigt.



Ausbau Fuß- und Radwegeverbindung Hauptbahnhof-Laim-Pasing, Teilabschnitt Nymphenburger Vorfeld:

Die 1,4 km lange Fuß- und Radwegeverbindung gliedert sich in zwei Abschnitte: Einen ca. 600 m langen Abschnitt der Alternativroute und einen ca. 800 m langen Abschnitt der Hauptroute. Der Ausbau beider Wegeabschnitte erfolgt gemäß den Standards der Landeshauptstadt München in Asphaltbauweise, für den Bereich der alternativen Wegeführung in einer Breite von 4 m und für den Bereich der Hauptroute gemäß Ergänzungsbeschluss in einer Breite von 6 m mit einer Trennung in Fuß- und Radweg (je 3 m) jeweils mit einer Wegebeleuchtung (z. B. Hochdruck-Natriumdampf). Die Bauausführung soll im Sommer 2014 abgeschlossen sein.



SPD-Ortsverein München-Pasing

Alte Allee 2
81245 München
www.spd-pasing.de



Neugründung Arbeitskreis Wirtschaft & Finanzen

Das derzeit in den Medien bestimmende Thema ist die Wirtschaftspolitik. Die "Rettungspolitik" der Kanzlerin bewegt die Gemüter im In- und Ausland, wobei die Reaktionen in den "Krisenstaaten" mittlerweile recht heftig ausfallen und teilweise schon in generelle Deutschland-Antipathie münden. Die SPD hat bisher in allen wichtigen Entscheidungen zur Finanzkrise mit der Regierungskoalition gestimmt. Zur Politik der Kanzlerin, die häufig mit dem Wort "Austerität" (Duden: energische Sparpolitik) umschrieben wird, ist in der SPD kaum eine Gegenstimme zu hören. Was sind die Folgen der derzeitigen Politik? Wie sehen die Alternativen dazu aus? Oder ist die Situation wirklich "alternativlos"?

Mit diesen und anderen Fragen will sich der Arbeitskreis Wirtschaft & Finanzen auseinandersetzen, der sich nach zahlreichen Anfragen wieder konstituiert. Neben organisatorischen Dingen sollen erstmal grundlegende Fragen zur Wirtschaftspolitik allgemein geklärt werden, die notwendig sind, um die aktuelle Debatte zu verstehen. Daniel Wiegand und Reinhard Sajons sind zusammen bereit, diesen Arbeitskreis zu organisieren und zu leiten.

Das erste Treffen findet am 18.06.2013 um 19:30 Uhr im SPD-Bürgerbüro, Alte Allee 2, statt.

Jede Genossin und jeder Genosse ist herzlich eingeladen daran teilzunehmen. Wir sind alle keine Experten, aber im Team fällt es sicherlich leichter, die komplexe Materie zu verstehen.

Als Bezugspunkt für eine Debatte sollen der folgende Artikel aus dem Spiegel und ein fünfminütiges Video des ARD-Magazins "Monitor" dienen, die uns zeigen, dass in der Volkswirtschaftslehre auch nur mit Wasser gekocht wird und selbst die größten Experten mal haarsträubende Fehler machen. Dumm nur, wenn die ganze Finanzpolitik eines Staates auf diesen falschen Ergebnissen fußt:

- 1.) Schuldenkrise: Ein Rechenfehler, der Deutschland teuer zu stehen kommt - ARD monitor, 2.5.2013:
<https://www.youtube.com/watch?v=Ex9SRQTIOM>
- 2.) Schulden-Theorie: Excel-Panne stellt Europas Sparpolitik in Frage
<http://www.spiegel.de/wirtschaft/panne-mit-excel-tabelle-rogooff-und-reinhart-haben-sich-verrechnet-a-894893.html>

Der folgende Artikel stammt von Stefan Kaiser (Redakteur Wirtschaftsressort SPIEGEL ONLINE):

Die US-Forscher Kenneth Rogoff und Carmen Reinhart lieferten den wissenschaftlichen Überbau für die weltweite Sparpolitik: Bei Staatschuldenquoten von mehr als 90 Prozent leide das Wachstum. Doch die beiden Star-Ökonomen haben sich verrechnet.

Die 90 Prozent schienen in Stein gemeißelt. Ob EU-Wirtschaftskommissar Olli Rehn die Eurokrisenländer ins Gebet nahm oder der US-Republikaner Paul Ryan gegen öffentliche Ausgabenprogramme wetterte: Wann immer es in den vergangenen Jahren ums Sparen ging, verwiesen Politiker auf diese magische Verschuldungsgrenze. Wenn Staaten diese Grenze überschreiten, so hieß es, dann werde ihre Wirtschaft erheblich langsamer wachsen. Das hätten wissenschaftliche Studien schließlich bewiesen. Weite Teile der Euro-Rettungspolitik mit ihren massiven Sparauflagen beruhen auf dieser Annahme. Möglicherweise zu Unrecht. Denn die Studie, die all diesen Sparappellen zugrunde liegt, steht nun in der Kritik. Sie stammt von zwei amerikanischen Star-Forschern aus Harvard: Kenneth Rogoff, ehemaliger Chefökonom des Internationalen Währungsfonds (IWF), und Carmen Reinhart (Professorin an der Harvard Kennedy School).

Die beiden waren bei einem historischen Vergleich im Jahr 2010 zu dem Ergebnis gekommen, dass das Wirtschaftswachstum von Staaten immer dann rapide fällt, wenn das Verhältnis von Verschuldung und Wirtschaftsleistung über 90 Prozent steigt. Demnach lag das durchschnittliche Wachstum bei einer Schuldenquote zwischen 60 und 90 Prozent noch bei 2,8 Prozent, oberhalb dieser scheinbar magischen Grenze sackte es auf minus 0,1 Prozent ab. Die Sache schien eindeutig.

Doch nun bringen drei US-Forscher von der Universität Massachusetts in Amherst die wissenschaftliche Grundlage des politischen Spardogmas ins Wanken. Thomas Herndon, Michael Ash und Robert Pollin haben die Daten von Rogoff und Reinhard erneut durchgerechnet - und kommen zu ganz anderen Ergebnissen. Statt um 0,1 Prozent zu schrumpfen, wachsen Volkswirtschaften mit einer Schuldenquote



von mehr als 90 Prozent laut ihren Berechnungen um 2,2 Prozent - und damit nur einen Prozentpunkt schwächer als Länder mit einem niedrigerem Schuldenstand zwischen 60 und 90 Prozent.

Wie ist das möglich? Die drei Ökonomen aus Massachusetts haben eine so einfache wie schockierende Antwort parat: Die Starforscher Rogoff und Reinhart seien schlampig mit ihren Daten umgegangen. "Codierungsfehler, der selektive Ausschluss vorhandener Daten und die unkonventionelle Gewichtung zusammenfassender Statistiken haben zu erheblichen Fehlern geführt, die das Verhältnis von öffentlichen Schulden und Wirtschaftswachstum ungenau wiedergeben", schreiben die Experten in ihrer nun veröffentlichten Studie. Konkret werfen sie ihren Kollegen Folgendes vor:

- Sie verwendeten nicht alle Daten, die ihnen vorlagen. Bestimmte Jahre würden ausgelassen.
- Bei der Berechnung der Durchschnittswerte gewichteten sie Einzelfälle ungewöhnlich stark.
- Bei der Verarbeitung der Daten in einer Excel-Datei haben Rogoff und Reinhart fünf Staaten offenbar versehentlich nicht berücksichtigt. Das allein soll den Durchschnittswert für das Wachstum hochverschuldeter Staaten um 0,3 Prozentpunkte gesenkt haben.

Die Ergebnisse aus Massachusetts lösten unter Ökonomen Entrüstung aus. Über den Kurznachrichtendienst Twitter verbreitete sich der Skandal binnen weniger Stunden. Vor allem diejenigen, die aus ideologischen Gründen ohnehin eher fürs Geldausgeben als fürs Sparen sind, sahen nun das gewichtigste Gegenargument entkräftet.

"Einige von uns haben nie daran geglaubt", triumphierte der US-Nobelpreisträger Paul Krugman in seinem Blog. "Aber ich hätte mir nicht träumen lassen, dass ein großer Teil der angeblichen Resultate womöglich auf nichts anderem als schlechter Berechnung beruht." Die beiden Angegriffenen reagierten zunächst zögerlich, antworteten dann mit einer ausführlichen Verteidigung, die die britische "Financial Times" auf ihrer Internetseite veröffentlichte. Dabei müssen sie zugeben, dass sie tatsächlich einen Fehler in ihren Berechnungen hatten, der zu einer "beträchtlichen Veränderung der durchschnittlichen Wachstumsraten" bei den Staaten mit einer Verschuldungsquote von mehr als 90 Prozent führe.

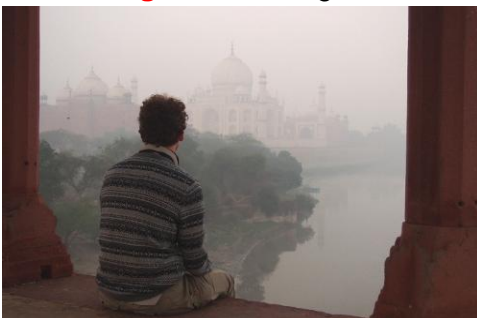
Die beiden anderen Vorwürfe weisen Rogoff und Reinhart dagegen vehement zurück. Unter anderem argumentieren sie, dass ihnen die angeblich fehlenden Daten 2010 noch nicht zur Verfügung gestanden hätten. In einer neueren, 2012 veröffentlichten Studie hätten sie diese aber berücksichtigt. Zudem kämen ja auch die drei kritischen Kollegen zu dem Schluss, dass die Wachstumsraten ab einer Staatsschuldenquote von 90 Prozent sinken - wenn auch nicht so stark wie ursprünglich suggeriert. Rogoff und Reinhart sind dabei nicht die Einzigen, die in der Euro-Krise ihre Annahmen über Schulden und Wachstum korrigieren mussten. So gestand der Chefökonom des Internationalen Währungsfonds Olivier Blanchard kürzlich ein, dass der IWF die negativen Effekte der Sparpolitik auf das Wachstum unterschätzt habe.

Was bleibt also am Ende von diesem Wissenschaftsskandal? Der Zusammenhang von hohen Schulden und schwachem Wachstum ist nicht zu leugnen. Er wird auch in der neuen Studie aus Massachusetts deutlich. Doch die Schwelle von 90 Prozent wird so schnell wohl kein Politiker mehr als Argument benutzen.

Daniel Wiegand

Diaabend Indien / Myanmar mit Daniel Wiegand

Die **Pasinger SPD** lädt ganz herzlich ein zu einem Diaabend über Nord-Indien und Myanmar am



11. Juni 2013 um 20 Uhr im SPD-Bürgerbüro, Alte Allee 2.

Daniel Wiegand, Mitglied des Pasinger Ortsvereins, berichtet von seiner zehnwöchigen Reise durch die beiden Länder und zeigt die schönsten Fotos. Der Abend ist eine gute Gelegenheit, sich neben den touristischen Höhepunkten auch über die aktuelle politische und gesellschaftliche Situation in Myanmar zu informieren, einem Land, das bis vor Kurzem noch unter einer strikten Militärdiktatur stand.



DIE 5 „GBW-LÜGEN“ DER CSU (SPD -Bayern-Info)

Politik der CSU in Bayern: erst Milliarden-Schulden verursachen, dann ohne Not staatliche Wohnungen privatisieren und schließlich mit haarsträubenden Täuschungsmanövern von der eigenen Verantwortung ablenken. Die Chronik der Täuschungsmanöver der CSU im Zusammenhang mit dem Verkauf der GBW-Wohnungen wird immer länger. Damit die Öffentlichkeit nicht vor lauter Unwahrheiten die Realität aus den Augen verliert, haben wir diese Übersicht zusammengestellt:

- Lüge:** Finanzminister Dr. Markus Söder von der CSU behauptet, die EU-Kommission habe einen Verkauf der GBW-Wohnungen an den Freistaat oder eine Beteiligung des Freistaats an einem Bieterkonsortium verboten.

Eine freie Erfindung: EU-Wettbewerbskommissar Joaquin Almunia persönlich hat diese Behauptung als unwahr entlarvt. Er sagte auf die Frage, ob der Freistaat die Wohnungen hätte erwerben dürfen: „Why not? Bavaria is a free State!“ - „Warum nicht? Bayern ist ein freies Land!“

- Falsche Ausrede, falsche Ankündigung:** Als die Kommunen den Freistaat aufforderten, sich mit der Landesstiftung an dem Bieterkonsortium zu beteiligen, hieß es von Seiten der CSU-Staatsregierung, man werde das nicht tun, weil es stiftungsrechtlich unzulässig sei.

Auch hier: nichts stimmt! Kaum waren die Wohnungen an die Wohnungsbaugesellschaft Patrizia verkauft, kündigten Ministerpräsident Horst Seehofer und sein Finanzminister Markus Söder an, dass die Landesstiftung sich mit 50 Millionen Euro an dem privaten Konsortium beteiligen werde. Die rechtlichen Hindernisse, Stiftungsvermögen einzusetzen, waren plötzlich spurlos verschwunden.

- Täuschungsmanöver:** Die CSU behauptet, die GBW-Mieter seien durch eine Sozialcharta bestens gegen Mieterhöhung und Wohnungsspekulation geschützt.

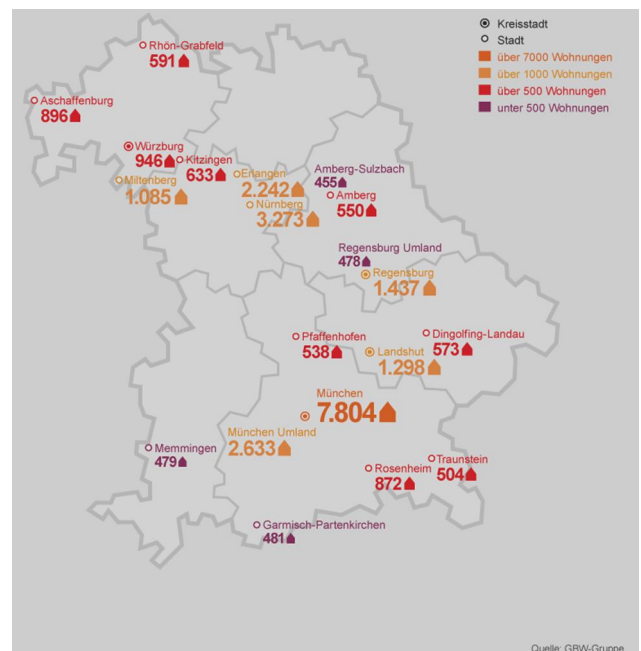
Wahr hingegen ist: Der Deutsche Mieterbund nennt die Sozialcharta eine wenig hilfreiche „Beruhigungspille“ für die Mieter. Pro Jahr dürfen ab sofort 1.500 Wohnungen weiterverkauft und 950 Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt werden. Zudem drohen drastische Mietsteigerungen und ein Verstoß gegen die Sozialcharta führt lediglich zu einer Vertragsstrafe für die Patrizia, von der die einzelnen Mieter keinerlei Nutzen haben.

- Juristische Irreführung:** Die CSU behauptet, Münchens Oberbürgermeister Christian Ude hätte einen höheren Preis für die GBW AG bieten können.

So ein Unfug! Das kommunale Konsortium der Bayerischen Städte, das die GBW-Wohnungen in öffentlichem Eigentum behalten wollte, konnte nur den Kaufpreis bieten, auf den sich über 90 % der Stimmen im Konsortium einigen können. Keine von der CSU regierte oder mitregierte Kommune hat ein höheres Angebot zugelassen.

- Verdrehung der Tatsachen:** Die CSU und hier vor allem Kultusminister Spaenle werfen Christian Ude vor, er habe die Öffentlichkeit getäuscht, weil er heimlich einen Weiterverkauf von GBW-Wohnungen durch die Kommunen geplant habe.

Eine irre Verdrehung! CSU-Innenminister Herrmann hat als oberste Rechtsaufsicht den beteiligten Kommunen zur Auflage gemacht, dass sie Wohnungen, die nicht in ihrem Gemeindegebiet liegen, langfristig nicht behalten dürfen. Damit sie dennoch in öffentlicher Hand bleiben, wurden Verhandlungen mit einer Behörde des Freistaats (!), der BVK, aufgenommen. Diese Vereinbarung, die Ude angeblich versteckt hat, wurde von allen CSU Oberbürgermeistern im Konsortium und von den CSU-Fraktionen in allen Stadträten mitbeschlossen.





SPD-Ortsverein München-Pasing

Alte Allee 2
81245 München
www.spd-pasing.de



Die CSU-Anklagen (Söder: „starker Tobak“, Spätle: „vorsätzliche Täuschungen“, Kreuzer: „als Spekulant entlarvt“) treffen also jede Menge CSU-Politiker vom Innenminister bis zu den Rathausvertretern. Die Vertraulichkeit der Gespräche wurde verständlicher Weise von der BVK ausdrücklich gefordert, also von einer Behörde des Freistaats Bayern. Es ist nicht zu fassen: um vom eigenen Milliardengrab Landesbank und der eigenen Verantwortung für das Fallenlassen der staatlichen Mieter abzulenken, prangert die CSU-Staatsregierung den kommunalen Rettungsversuch an und dort vor allem jene Punkte, die ausdrücklich vom zuständigen CSU-Minister und einer freistaatlichen Behörde selbst verlangt worden sind.



Europäische Wasserpetition erfolgreich!

Die EU-Kommission muss sich ab sofort offiziell mit dem Thema Wasserprivatisierung beschäftigen. Denn mit europaweit 1,5 Millionen Unterschriften hat die erste europäische Bürgerinitiative "Wasser ist ein Menschenrecht" in acht Staaten das erforderliche Mindestquorum überschritten: eine Million Unterschriften und sieben Länder waren notwendig.

Wir bedanken uns bei allen Unterstützern und Unterstützerinnen, die sich bisher schon beteiligt haben!

Laut einer Umfrage sprechen sich über 80 % der Befragten in der Bundesrepublik dafür aus, dass die Wasserversorgung in öffentlicher Hand bleibt. Die Bundesregierung kann sich jedoch nicht zu einer Position im Sinne der Wählerinnen und Wähler durchringen. Die Kampagne läuft bis zum 31. Oktober 2013. Bis dahin kann jeder EU-Bürger unter dem Link: <http://www.right2water.eu/de/node/37> seine Stimme gegen Wasserprivatisierung abgeben und damit ein Zeichen setzen.

Großmengenwertstoffhof an der Mühlangerstraße

Mit dem neuen Großmengenwertstoffhof an der Mühlangerstraße in München-Langwied, der Mitte 2014 seine Tore öffnen wird, wird im Westen der Stadt eine komfortable Abgabemöglichkeit für Sperrmüll, Gartenabfälle und weitere Wertstoffe angeboten. Der Wertstoffhof an der Mühlangerstraße ist der zweite von insgesamt drei neuen Großmengenwertstoffhöfen, die gleichmäßig über das Stadtgebiet verteilt sein werden. Mit einer Photovoltaikanlage von ca. 4.000 Quadratmetern Fläche, einer Brauchwasseraufbereitung mittels Solarthermie, eine Grundwasserwärmepumpe zur Wärmeerzeugung und einem als Biotop geplanten Löschwasserteich, der das anfallende Oberflächenwasser von der Dachkonstruktion aufnimmt, haben wir einen Wertstoffhof mit Modellcharakter in den Bereichen Ökologie, Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit konzipiert. Informationen unter www.awm-muenchen.de oder unter der Telefonnummer 2 33-9 62 00.



Geführte Radrouten im Radkalender unter:

http://www.radlhauptstadt.muenchen.de/fileadmin/Redaktion/Radlkalender_2013.pdf

Übrigens die seit 2006 gestellten SPD-BA-Anträge sind jetzt unter www.spd-pasing.de vollständig zu finden. Lasst euch durch die Vielzahl und das abgearbeitete Spektrum überraschen.

Impressum		
Vorsitzender:	Richard Roth Schurrweg 3, 81241 München, Tel. 8340443 E-Mail: richard.roth@spd-pasing.de	Alte Allee 2, 81245 München Homepage: www.spd-pasing.de E-Mail: info@spd-pasing.de
Stellvertreter:	Dr. Constanze Söllner-Schaar, Tel. 565186 Ulrike Turner, Tel. 8340422 Christian Müller, Tel. 89664298 Dr. Rüdiger Schaar, Tel. 565186	
Kassiererin: Schriftführer:	Evelyn Lang, Tel. 838551 Erwin Kreuzer Tel. 016091441310	Bankverbindung: Stadtsparkasse München BLZ: 70150000 Konto: 23170566

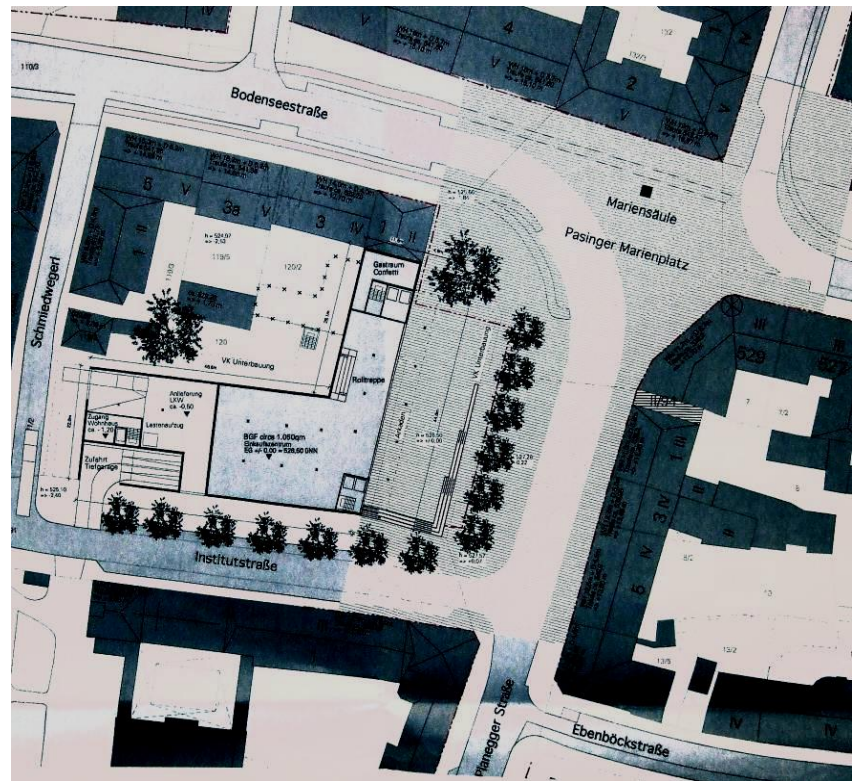


Aktuelle Situation bei der städtebaulichen Gestaltung des Pasinger Marienplatzes

Mit Beschluss des Bezirksausschusses vom 08.01.2013 wurde folgender Antrag beschlossen: „Der Bezirksausschuss 21 Pasing - Obermenzing fordert die LH München auf, Auskunft zu geben, ob sich seit der Beschlussfassung zur Ausschreibung des Investorenwettbewerbs eine Änderung ergeben hat.“ Die dabei gestellten Fragen wurden vom Planungsreferat wie folgt beantwortet:

Frage 1: Wie viele Bewerbungen sind eingegangen? Wurde bereits eine Auswahl getroffen und ein Käufer gefunden?

Antwort: Bei der Ausschreibung zum Verkauf der Grundstücke handelt es sich um ein zweistufiges Verfahren, wobei erst in der zweiten Angebotsstufe die endgültigen Kaufpreisangebote mit dem jeweils konkreten Konzept vorgelegt werden. Die Abgabefrist für die Bewerbungen der ersten Angebotsstufe war der 19.11.2012. Nach diesem Datum wurden die Grundstücke auch im Internet nicht mehr angeboten. Bis zu diesem Zeitpunkt sind auch einige Bewerbungen eingegangen. Diese Bewerber haben nun die Möglichkeit, nach Durchführung von Bietergesprächen und Klärung offener Fragen, ein zweites – endgültiges – Kaufpreisangebot abzugeben. Die Abgabefrist für das endgültige Angebot wird voraussichtlich für Ende Mai 2013 festgesetzt. Um den Wettbewerb nicht zu verzerren, sowie unter Beachtung von Transparenz und dem Gleichbehandlungsgebot gem. dem Leitlinienbeschluss zur Ausschreibung, bitten wir um Verständnis, dass wir die genaue Anzahl der Bewerbungen derzeit nicht bekannt geben können. Da die zweite Angebotsfrist noch nicht abgelaufen ist, wurde noch keine Bewerberauswahl getroffen; der Käufer steht noch nicht fest.



Frage 2: Besteht die Gefahr/Möglichkeit, dass die zwei Grundstücke an unterschiedliche Käufer veräußert wurden/werden?

Antwort: Nein, die Grundstücke werden nur gemeinsam veräußert.

Frage 3: Wie können die Vorgaben des Bulwien-Gutachtens, einen großen Magnetmieter am Marienplatz zu schaffen, eingehalten werden, wenn die beiden Grundstücke an zwei verschiedene Käufer veräußert werden?

Antwort: Die beiden Grundstücke werden nicht an zwei verschiedene Käufer veräußert.

Frage 4: Welche Vorgaben wurden den Anbietern insbesondere im Hinblick auf den städtebaulichen Wettbewerb und die Nutzung der Flächen gemacht?

Antwort: Durch den Kaufvertrag muss sich der Käufer verpflichten, im Rahmen eines kooperativen Verfahrens für den Hochbau einen Realisierungswettbewerb nach RPW 2008 (Richtlinien für Planungswettbewerbe) in der Fassung von 12.09.2008 mit Ideenteil für die Gestaltung der zum Grundstück gehörenden Freiflächen durchzuführen. Der Wettbewerb ist auf der Grundlage des Beschlusses des Ausschusses für Stadtplanung und Bauordnung vom 10.11.2010 auszuloben. Dabei soll auch das vorliegende Bebauungskonzept gemäß Vorbescheid vom 19.01.2010 Eingang finden, welches incl. der Überarbeitungsanforderungen eine Geschossfläche von ca. 6.800 m² ermittelt, davon ca. 4.600 GF Handel/-



Gastronomie, ca. 1.100 GF höherwertiges Gewerbe/Büros und ca. 1.100 GF Geschosswohnungsbau. Der Kaufvertragsentwurf mit den genannten Verpflichtungen ist allen Bietern bekannt.

Frage 5: Welche Vorgaben zu ca. 4.600 qm Fläche für Handel/Gewerbe wären möglich gewesen bezüglich der Nutzung der Gastronomie? Ist es denkbar, dass die gesamte Fläche beispielsweise ausschließlich für Gastronomie (z. B. in Form einer Großdisko) verwendet werden kann?

Antwort: Gem. Kaufvertrag muss der Käufer an den Grundstücken eine beschränkte persönliche Dienstbarkeit eintragen lassen. Bei dieser Dienstbarkeit zu Gunsten der Stadt handelt es sich um folgende Benutzungsbeschränkung: „Verbot der Unterbringung und Führung Bordellen, bordellartigen Betrieben, Saunas und Massagebetrieben, Spiel- und Wettbetrieben, von Räumlichkeiten für verfassungsfeindliche Gruppierungen und religiöse Sekten, Fastfood-Restaurants“. Des Weiteren wurde u. a. das Gebiet um den Pasinger Marienplatz mit Beschluss vom 23.05.2012 als Sanierungsgebiet „Zentraler Geschäftsbe-
reich Pasing“ festgelegt. Dies bedeutet, dass das Planungsreferat nun stärkere Einflussmöglichkeiten hat. Bei dem Sanierungsgebiet, in welchem die beiden städtischen Grundstücke liegen, gilt § 142 Abs. 4 BauGB, das einfache Sanierungsverfahren. Es ist somit § 144 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 2 BauGB zu beachten. Insbesondere über § 144 Abs. 1 Nr. 2 BauGB hat das Planungsreferat die Möglichkeit, Einfluss auf Miet- und Pachtverträge zu nehmen. Befristete Mietverträge bis zu einem Jahr müssen nicht genehmigt werden, über einem Jahr schon. Sofern eine Genehmigung versagt wird, darf nicht an diesen Mieter vermietet werden. Darüber hinaus sind weitere Einschränkungen wirtschaftlich nicht sinnvoll. Die Möglichkeiten der Einflussnahme der Landeshauptstadt München auf voraussichtlich wirtschaftlich machbare Nutzungen wurden somit größtmöglich ausgeschöpft.

Frage 6: Ist eine Vorgabe möglich bzw. wurde eine Vorgabe gemacht, dass ein Kino in den Objekten realisiert werden könnte?

Antwort: Die Grundstücke liegen nicht in einem Bebauungsplangebiet, sondern es handelt sich um ein § 34 BauGB-Gebiet. Grundsätzlich ist aufgrund der Umgebungsbebauung durchaus ein Kino möglich, dies war in der Ausschreibung jedoch keine Vorgabe. Eine kulturelle bzw. Kinonutzung ist in dem Neubau durchaus denkbar, wenn sich ein Betreiber für diese Nutzung findet und die Finanzierung gesichert ist. Ziel der Stadt für dieses Areal ist es, ein attraktives Dreieck zwischen dem Pasinger Bahnhof, dem Pasinger Marienplatz und dem Rathausplatz zu entwickeln. Dies soll u. a. auch den bestehenden Geschäften in der Gleichmann- und Bäckerstraße zugute kommen. Damit eine derartige Beziehung funktioniert, ist ein Einkaufsmagnet notwendig, da eine kulturelle- oder Kinonutzung alleine diese Funktion während der Geschäftszeiten nicht erfüllen kann. Bei einer Kinonutzung könnte es sich daher nur um eine ergänzende Nutzung handeln.

Frage 7: Bis wann rechnet die LH München mit der Durchführung des städtebaulichen Realisierungswettbewerbs und der Umsetzung der Wettbewerbsergebnisse?

Antwort: Es ist vorgesehen, den Abgabetermin für das zweite und endgültige Kaufpreisgebot so zu terminieren, dass der Kommunalausschuss in seiner Sitzung am 20.06.2013 über die Vergabe beschließen kann. Sollte der Verkauf an einen Bieter auch in der Vollversammlung bestätigt werden, kann anschließend zeitnah eine Beurkundung erfolgen. Gem. Kaufvertrag ist dann innerhalb von 8 Monaten ab Beurkundung ein städtebaulicher Realisierungswettbewerb mit Ideenteil für den Vorplatz durchzuführen. Nach Vorliegen des Wettbewerbsergebnisses ist dann zeitnah der Antrag auf Baugenehmigung zu stellen.



Auf einem der beiden Grundstücke befindet sich die staatliche Wirtschaftsschule. Diese wird verlagert, so dass das Grundstück dem Investor voraussichtlich ab 01.10.2015 zur weiteren Nutzung zur Verfügung steht. Da voraussichtlich die bestehenden Gebäude beider Grundstücke zusammen abgebrochen und diese dann neu bebaut werden, werden die Abbrucharbeiten und dann der **Neubau** wohl frühestens **ab 01.10.2015 beginnen**.